

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

13.1.1931 (No. 10)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Nr. 253
und 254
Telefon:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. U m e d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Anzeigen, die als Kassenzahlung gilt und demnach nicht durch den Briefkasten zu empfangen sind, erfolgt die Rechnung nach dem Tarif. Bei Anzeigeneinstellung, die als Kassenzahlung gilt und demnach nicht durch den Briefkasten zu empfangen sind, erfolgt die Rechnung nach dem Tarif. Bei Anzeigeneinstellung, die als Kassenzahlung gilt und demnach nicht durch den Briefkasten zu empfangen sind, erfolgt die Rechnung nach dem Tarif. Bei Anzeigeneinstellung, die als Kassenzahlung gilt und demnach nicht durch den Briefkasten zu empfangen sind, erfolgt die Rechnung nach dem Tarif.

Deutschland und Polen

Die polnische Note zur deutschen Beschwerde in Genf

Warschau, 13. Jan. (Tel.) Über die an das Sekretariat des Völkerbundes gefandte polnische Note, welche die polnische Antwort auf die deutsche Beschwerde in der Minderheitenfrage darstellt und aus vier Teilen und 10 Anlagen besteht, wird eine Inhaltsangabe veröffentlicht.
Danach behandelt der erste Teil der Note die grundsätzliche Rechtslage. Er bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß der deutsche Schritt den Rahmen der Minderheitenfrage verläßt und unmittelbaren politischen Charakter trage. Im zweiten Teil werden die deutschen Klagen wegen Erschwerung deutscher Wahlbeteiligung in Ostoberschlesien der Reihe nach untersucht. Diese Ausführungen sollen dazu bestimmt sein, die deutschen Klagen auf Grund angeblich tatsächlicher zuverlässiger Unterlagen zu widerlegen. Die polnische Behauptung wird dabei wiederholt, daß die während der Wahlzeit eingetretene Erregung der Gemüter in Ostoberschlesien nur die Rückwirkung gewesen sei, welche der angebliche Terror gegenüber der durch Minderheitsverträge geschützten polnischen Minderheit in Deutschland auf die polnische öffentliche Meinung ausgeübt habe. Ebenso habe die von Deutschland ausgehende Bewegung gegen die Unantastbarkeit des polnischen Staats im polnischen Volk Unruhe hervorgerufen. Im dritten Teil versucht man, den Nachweis zu führen, daß die Streitfälle während der Wahlzeit den Charakter gewöhnlicher Zwischenfälle gehabt hätten, die nicht mit den Wahlgeschehnissen, z. B. in Deutschland, verglichen werden können, die eine Reihe von Opfern gefordert habe.

Prälat Ulicki über den polnischen Terror

In einer vom Verein für das Deutschtum im Ausland einberufenen Versammlung in Frankfurt am Main ergriff Reichstagsabgeordneter Prälat Ulicki das Wort zu einer, öfters durch lebhaften Beifall unterbrochenen Anklage gegen den polnischen Terror.
Er erinnerte zunächst daran, daß bei der Abstimmung im Jahre 1921 60 Prozent der Bevölkerung für Deutschland abgestimmt haben. Das Ergebnis zugunsten Deutschlands wäre noch besser ausgefallen, wenn nicht die Furcht vor dem polnischen Terror die Wähler eingeschüchelt hätte. Im weiteren Verlauf gab der Prälat ein anschauliches, zahlenmäßiges Bild von den abgetretenen Gebieten und Werten. So wurde u. a. das Kohlenvorkommen auf 57,5 Milliarden Tonnen geschätzt, wovon Deutschland nur noch 8,5 Milliarden Tonnen besitzen würde. Deutschland verlor durch den Verlust von 7 Eisenerzgruben und 5 Zinn- und Bleihütten 60 Prozent seiner gesamten Zinnerzeugung und 25 Prozent seiner gesamten Bleiproduktion. Außerdem mußten alle 24 Zinkhütten abgetreten werden. Die Steuerkraft betrage nur noch 29,9 Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung, gegenüber einem Reichsbuchschnitt von 57,2 Reichsmark.

Das Urteil im Golassowitzer Prozeß

In dem Golassowitzer Prozeß wurde in Rybnik (Polen-Oberschlesien) am Montag das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten wegen Kaufhandels zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, einen dritten, schwerbelasteten Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und vier Nebenangeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Alibi durch Zeugenaussagen erwiesen worden war, wurde freigesprochen. Berufung wird von keiner Seite eingelegt.
Die Verhandlung, bei der die acht deutschen Bauern von Golassowitz der Tötung des Polizeikommandanten Sznaptka beschuldigt sind, endete mit einer unerwarteten Sensation. Auf Verlangen der Verteidiger befragte das Gericht die Angeklagten nach ihrer Nationalität. Unter allgemeiner Beteiligung im Zuscherraum bekannten sich drei der acht Angeklagten, darunter auch der Hauptbeschuldigte Kubia, zur polnischen Nationalität. Damit ist also der polnische Versuch, den bewährlichen Golassowitzer Kaufhandel politisch gegen die deutsche Minderheit auszuspielen, vollkommen zusammengebrochen. Der Staatsanwalt ließ daraufhin den politischen Teil der Anklage vollkommen fallen, indem er sich nur auf den Kaufhandel als solchen beschränkte.

Polnische Entschuldigungen wegen der Flieger

Die polnische Regierung hat durch ihre Gesandtschaft in Berlin wegen Überfliegung deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger der Reichsregierung ihr Verhalten ausgesprochen.
Durch das Ergebnis der bisherigen Untersuchung sind, dem „Vol.-Anz.“ zufolge, die Polen schwer belastet. Die Untersuchungskommission hat im Gegensatz zu den Angaben des polnischen Fliegerpiloten Wolf einwandfrei festgestellt, daß der Stompag in dem Führerflugzeug vollkommen intakt war. Weiterhin steht fest, daß Wolf unmittelbar nach seiner Festnahme durch den wachhabenden Reichswehrobergerechten in diesen die Frage richtete: „Ist Reichskanzler Brüning heute in Oppeln?“ Diese Frage läßt klar erkennen, daß der polnische Flieger genau wußte, daß er sich über Oppeln und nicht, wie er später angab, über Thorn befand. Die anderen Angaben, daß er die Ober mit der Reichswehr verwechselt habe, werden damit auch unwahrscheinlich.

Das Urteil im Neuhöfener Spionageprozeß

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Montag den polnischen Grenzwachmann Wiedemann im Zusammenhang mit dem Grenzzwischenfall in Neuhöfen vom 24. Mai 1930 wegen fortgesetzter versuchter Auspöhlung militä-

Letzte Nachrichten

Amerika und die Frage der Schuldenereduzierung

Zustimmung zu Wiggins Vorschlägen, die Zeit aber noch nicht reif

New York, 13. Jan. (Tel.) Die hiesigen Bankkreise kommentieren überwiegend beifällig den Vorschlag zu einer Schuldenereduzierung, die der Präsident der Government Board der Chase Nationalbank, Wiggins, gemacht hat, obwohl vielfach der zeitweilige Ausweg eines Moratoriums an Stelle einer endgültigen Herabsetzung empfohlen wird.
„New York Times“ bemerkt, daß manche führenden Bankiers zwar gleichfalls von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Schuldenereduzierung überzeugt seien, indessen sich zu dieser Überzeugung nicht bekennen, da aus politischen Gründen ihnen häufig der Vorwurf gemacht werde, daß sie um das Wohl Europas mehr besorgt seien als um das der Vereinigten Staaten. Wiggins Äußerungen werden daher allgemein als ein sehr mutiges Geständnis angesehen. Auch der Präsident der Columbia-Universität, Butler, ein führender Republikaner, bezeichnet Wiggins Darlegung als eine heilsame Erklärung.

„New York Times“ bemerkt, Wiggins könne eine Bekräftigung seiner Anschauungen in dem Jahresbericht Mellon finden, der ein wirtschaftlich gesundes Europa als von größerem Wert für die Vereinigten Staaten bezeichnet habe als jede Eintreibung von Schulden. Allerdings dürfe man nicht erwarten, daß dieses Problem dem Kongreß oder der Washingtoner Regierung einleuchtend erscheine. Die Schuldenereduzierung ist gegenwärtig noch nicht reif für eine Erörterung, obwohl diese Erörterung zweifellos im Laufe der nächsten Zeit kommen werde. Auch Wiggins selbst schlage keine praktischen Schritte vor, aber die in seinem Jahresbericht niedergelegten Grundfälle seien stichhaltig, selbst wenn sie im gegenwärtigen Augenblick der breiten Masse und der Regierung nicht annehmbar erscheinen.

Zur Weltagrarkrise

Eine Genfer Denkschrift

Genf, 13. Jan. (Tel.) Die Berichte der Agrarsachverständigen, die in diesen Tagen in Genf zu Beratungen zusammengetreten sind, sind vom Völkerbundsekretariat zu einer Gesamtdarstellung über die Weltagrarkrise verarbeitet worden. Darin wird u. a. ausgeführt:

Hauptursache der Krise sind die fortschreitende Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und die Desorganisation, die der Weltkrieg hervorgerufen hat. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Verbesserung der Methoden und des Produktionsystems das Agrarproblem noch mehr kompliziert hat. Der Krieg hat die Steigerung der Produktion durch die überseeischen Länder verursacht. Nach dem Krieg setzten die Bestrebungen nach wirtschaftlicher Autarkie und Protektionismus ein. Im ganzen hat die Landwirtschaft unter diesen Bestrebungen gelitten. Sie waren häufig von der Steigerung der Preise für Fertigwaren begleitet.

Die Hauptprobleme liegen in dem Mißverhältnis zwischen Verkaufspreis und Selbstkostenpreis. Der größte Teil der Agrarproduktion hat noch nicht einmal das Vorkriegspreinsniveau erreicht. Dazu kommen die ständigen Schwankungen der Preise. Diese Schwankungen sind viel stärker als vor dem Krieg. Die Preise, die der Landwirt erzielt, stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten, die ständig gestiegen sind. Die Löhne stellen eine immer schwerere Belastung für den Landwirt dar, obwohl die Landarbeiterlöhne nicht das Niveau der Industriellöhne erreicht haben und den Arbeitern nur ein kümmerliches Dasein ermöglichen. Der Anteil der Löhne aus den Produktionskosten schwankt zwischen 40 und 50 Proz. In Deutschland wird die Situation durch die Verschuldung der Landwirtschaft, die auf 12 Milliarden geschätzt wird, verstärkt. Die Krise wird weiter charakterisiert durch ein abnormes Mißverhältnis zwischen dem Erlös der landwirtschaftlichen Produkte und den Preisen, die der Landwirt für seine Geräte bezahlen muß.

Die meisten Sachverständigen glauben, daß die Krise erleichtert würde, wenn für die Landwirtschaft Organisationsformen geschaffen würden, wie bessere Verkaufsorganisationen. Der Kleinverkaufspreis ist manchmal doppelt so hoch wie der Preis, den der Landwirt erhält. Die größte Bedeutung käme einer Nationalisierung des Warenabfahes durch die Produzenten zu. Hierzu wäre die Mitarbeit des Staates, die sich u. a. auf eine behördliche Preisfestsetzung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Organisationen erstrecken müßte, nötig.

Einige Geheimnisse, versuchter Tötung und wegen Raub- und Waffenvergehens zu einer Gesamtstrafe von zehn Jahren

In der Begründung heißt es: Der Angeklagte hat fortgesetzt monatelang den Versuch gemacht, sich militärische Geheimnisse, zu verschaffen mit dem Vorbehalt, die Sicherheit des Reichs zu gefährden. Es ist dabei auf deutschem Boden zu einer Betätigung gekommen, und zwar jedenfalls am 24. Mai 1930, als der Angeklagte den Versuch machte, einige im militärischen Interesse geheim zu haltende Gasmaske sich zu verschaffen und nach Polen zu bringen. Erwiesen ist auch, daß der Angeklagte auf den Zeugen Sender geschossen hat mit dem Vorbehalt, ihn zu töten.

* Die Kosten des Verwaltungsapparates

Auch in den letzten Tagen ist wieder von führenden Staatsmännern die Notwendigkeit gepredigt worden, unserm Volke offen und rückhaltlos zu sagen, wie in Wahrheit seine Lage ist. Eine solche Mahnung kann gar nicht willig genug beachtet und befolgt werden. Denn, wenn irgend etwas die unheilvolle Zerrissenheit unseres Volkes zu erklären vermag, dann ist es die Unwissenheit. Und aus dieser Unwissenheit wird eine Agitation gespeist, die hüten wie drüben alles Maß übersteigt.

Eine Schilderung der Lage, wie sie wirklich ist, muß dazu führen, daß mit dem Optimismus, also einer übertriebenen und leichtfertigen Hoffnungsfröhlichkeit, aufgeräumt wird. Sie muß aber auch zu der Erkenntnis führen, daß ein hemmungsloser Pessimismus ebensowenig berechtigt ist. Wie immer, wird die Wahrheit in der Mitte liegen. Eine unbefangene Unteruchung wird zeigen, daß die Lage wohl sehr ernst und sehr kritisch, aber durchaus nicht hoffnungslos ist, daß es vielmehr manche Tatsachen gibt, die eine Stimmung der Verzweiflung geradezu zu einer Verfündigung am Genius unseres Volkes stampfen. Schon allein der Umstand, daß das deutsche Volk jahrelang die Milliarden und Milliarden aufbringen konnte, um seine Millionen von Arbeitslosen vor dem Verhungern zu bewahren, das ist und bleibt auch dann eine gigantische Leistung nationaler Lebenskraft, wenn man zu der Einsicht gelangt, daß schon seit einiger Zeit der Augenblick gekommen ist, wo sich diese Belastung in Verbindung mit der Last der Reparationen und der öffentlichen Abgaben nicht mehr tragen läßt.

Wir werden an Hand einwandfreien Materials zu unteruchen haben, wo in Wahrheit die Hauptschäden unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik liegen, und wo demgemäß die Reformarbeit einzusetzen hat. Ziffern sollen es in erster Linie sein, die zum Leser sprechen.

Der teure Verwaltungsapparat im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ist es, der uns heute zu beschäftigen hat. Die wenigsten wissen, in welchen Zahlen sich diese Kostspieligkeit ausdrückt. Um so erfreulicher ist es, daß dieser Tage bei einer Veranstaltung des Karlsruher Windthorfbundes der Reichstagsabgeordnete Erfting (Zentrum) in einer ausführlichen Rede genaue Ziffern aus dem Etat mitgeteilt hat, die gerade in dieser Beziehung höchst erwünschten Aufschluß geben.

Vorausgeschickt möchten wir folgendes: Durch den Friedensvertrag von Versailles hat das Reich ungefähr ein Fünftel seines bisherigen Gebietes verloren; und damit haben sich naturgemäß auch die Verwaltungsaufgaben um einen ganz bestimmten, gewiß nicht kleinen Prozentsatz verringert. Bei gleichgebliebenen Verhältnissen müßte also — von der Arbeitslosenversicherung und den Tributzahlungen abgesehen — der Verwaltungsapparat heute eher etwas billiger arbeiten. Nun sind die Verhältnisse aber nicht die gleichen geblieben. Was früher eine Mark kostete, kostet heute nach dem Index im Durchschnitt rund 1,40 RM.

Legen wir dieses Verhältnis zugrunde, dann wäre es also normal und vernünftig, wenn unser gesamter Verwaltungsapparat etwa um 40 Proz. teurer wäre, als vor dem Kriege. Faktisch betragen die Ausgaben schließlich in Reich, Ländern und Gemeinden 1927/28 mehr als das Zweieinhalbfache des Betrages von 1913/14. Die Reparationen sind dabei ganz außer Berücksichtigung geblieben. 1913/14 machten die erwähnten Ausgaben rund 7,080 Milliarden aus, 1927/28 rund 18,990 Milliarden! In dieser letzteren Ziffer sind die Aufwendungen für Kriegsvorbereitungen mitenthalten.

Betrachten wir nun die persönlichen Verwaltungskosten. Diese haben 1913/14 im Reich, in den Ländern und Gemeinden rund 2,211 betragen, sie betragen für das Etatsjahr 1928/29 rund 5,593 Milliarden; das heißt, sie sind um das Zweieinhalbfache gestiegen! Und zwar hat es dabei seit der Stabilisierung der Mark noch einen ganz besonderen, gewaltigen Aufschlag gegeben. Während die persönlichen Verwaltungskosten für 1925/26 rund 4,274 Milliarden betragen und für 1926/27 sogar auf 4,115 Milliarden herabsanken, sind sie, wie eben erwähnt, für 1928/29 auf rund 5,593 Milliarden gestiegen! Dieses gewaltige Anschwellen ist natürlich zurückzuführen auf die Gesetzgebung des Jahres 1927.

Die Ziffern des Etatsjahres 1926/27 waren immerhin noch erträglich, wenn allerdings auch sie über den Index

fast von 140 Proz. hinausgingen. Jedenfalls würde ein Vergleich unserer jetzigen Ausgaben mit denen dieses Staatjahres 1926/27 jedem Finanzpolitiker deutlich zeigen, wo der Hebel anzusetzen wäre, um wieder zu einem Verwaltungsapparat zu kommen, der unsern Vermögens- und Einkommensverhältnissen als Volk entspricht.

Denn darüber wird heute nicht mehr gestritten, daß unser Volk aus eigener Kraft die Kosten für diesen ungeheuren Verwaltungsapparat nicht mehr tragen kann, und zwar unter gar keinen Umständen tragen kann, wenn noch die Belastungen für Arbeitslosenversicherung und für Tribute (Reparationen) hinzukommen. Wo sollen wir aber sonst die Mittel hernehmen? Vom Ausland können wir sie nicht mehr borgen. Wir werden morgen auseinanderzusetzen haben, wie groß unsere Verschuldung aus Ausland bereits ist. Wir müssen also selber Mittel und Wege finden, um den Verwaltungsapparat auf einen normalen Stand zu bringen. Und, wenn das Parlament solche Mittel verweigert, werden sie unter Zurückgreifen auf Artikel 48 gefunden werden. Wenn jemals die Zitiierung dieses Artikels angebracht war, so ist sie es jetzt, angehts einer Not, die alles bisher Erlebte in Schatten stellt.

Die Frage der Arbeitsdienstplicht

Ablehnung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer
Das Reichsarbeitsministerium hatte für Montag die Spitzenverbände und einzelne Persönlichkeiten zu einer Aussprache über die Frage der Arbeitsdienstplicht nach Berlin eingeladen. Nach mehrstündiger Debatte lehnten die Vertreter der Wirtschaftsbereiche der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstplicht insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Ein weiterer Grund der Ablehnung wurde darin erblickt, daß man sich erfahrungsgemäß von erzwungener Arbeit keine befriedigenden Ergebnisse versprechen könne. Außerdem sei es zweifelhaft, ob genügend Arbeitsgelegenheiten beschafft werden könnten. Allgemein wurde die Veröffentlichung des Materials über diese Frage gefordert. Anschließend an diese Besprechungen wurde die Frage der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes, besonders für jugendliche Erwerbslose, erörtert. Von den meisten Vertretern wurden ähnliche Gedanken wie gegen die Arbeitsdienstplicht geäußert und das Reichsarbeitsministerium gebeten, den jugendlichen Erwerbslosen auch weiterhin seine besondere Fürsorge angebeihen zu lassen.

Ruhestandsvertrag verbindlich

Der Reichsarbeitsminister hat am Montag, wie zu erwarten war, den für den Ruhrbergbau ergangenen Ruhestandsvertrag, der eine sechsprozentige Lohnkürzung bestimmt, für verbindlich erklärt. Die vorhergehenden Nachverhandlungen waren ergebnislos, da beide Parteien an ihrem bekannten Standpunkt festhielten.

Mit der Verbindlichkeitsklärung ist das neue Lohnabkommen bindend geworden. Die zum 15. ausgesprochenen Stundungen gelten als zurückgenommen, so daß eine Unterbrechung der Arbeit nicht eintritt. Eine Schwierigkeit wird sich vielleicht noch ergeben, daß die Lohnsenkung vom 1. Januar ab, also rückwirkend, eintritt. Das bedeutet für die Arbeiter, daß ihnen die zuviel gezahlten 6 Prozent bei der nächsten Lohnzahlung abgezogen werden.

Gehaltsverhandlungen im Ruhrbergbau

W.D. Essen, 13. Jan. (Tel.) Für die Gehaltsverhandlungen der technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues hat der Bergarbeiterverband als Termin den 21. Januar in Aussicht genommen, doch sind die Einladungen an die Angestelltenvereinigungen noch nicht herausgegangen.

Schiedsgericht bei der Reichsbahn

48-Stunden-Woche für Werkstättenarbeiter
In dem schon seit längerer Zeit schwebenden Arbeitszeitkonflikt bei der Reichsbahn ist von der Schlichterkammer unter Vorsitz von Dr. Wülfel (Bremen) ein Schiedsgericht gefaßt worden. Er bestimmt auf Grund des neuen Reichsbahngesetzes für die in den größeren Güterbahnen und Werkstättenbetrieben beschäftigte Arbeitergruppe sowie für weitere kleinere Gruppen von Arbeitern (insgesamt etwa 220 000) grundsätzlich die 48-Stunden-Woche, an Stelle einer Arbeitszeit, die bisher bis zu 56 Stunden ging. In dringenden Fällen kann die Reichsbahnverwaltung eine Mehrarbeitszeit bis zu 180 Stunden im Jahr verlangen, ebenso können die im Sonntagsdienst beschäftigten Arbeiter bis zu 56 Stunden herangezogen werden. Für die andere Gruppe, die im Betriebs- und Verkehrsdienst tätig ist, etwa 180 000 Arbeiter, bleibt die Arbeitszeit wie bisher.

Thüringen und das Reichsbanner

W.D. Weimar, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Auf die Mitteilung der Reichsregierung an die thüringische Regierung, daß die Zustimmung zu dem von Thüringen beabsichtigten Verbot der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht erteilt werden könne, da eine Verletzung der Art. 177, 178 des Vertrages von Versailles nicht vorliege, hat das thüringische Ministerium des Inneren heute dem Reichsinnenminister geantwortet.

Unter Bezugnahme auf das Stahlhelmverbot im Rheinland, dem nach Ansicht des thüringischen Innenministeriums derselbe Tatbestand zugrunde liege, bittet das Innenministerium den Reichsinnenminister, seine Auffassung darüber mitzuteilen, worin der grundsätzliche Unterschied zwischen der Abung des Stahlhelms im Rheinland und der Abung des Reichsbanners zu erblicken sei. Dem thüringischen Innenministerium erscheint es notwendig, für die Zukunft über die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu der Frage der Abungen von Verbänden Klarheit zu erhalten, um danach sein Verhalten einstellen zu können.

Auf einer Reichstagung des Christlich-Sozialen Volksdienstes in Kassel, an der auch die Landtagsabgeordneten aus den Ländern Preußen, Württemberg, Sachsen und Baden teilnahmen, wurde der einmütige Ausdruck gegeben, daß der besondere Wert der gegenwärtigen Regierung darin bestehe, daß sie sich frei von politischen und fraktionellen Bindungen halte. Es wird erwartet, daß die Regierung während dieser Haltung nicht durch Beteiligung an irgendwelcher Parteiengruppe aufgebe. Auf die Notwendigkeit wurde hingewiesen, mit allen Kräften eine Umstellung der Außenpolitik im Sinne einer aktiven Revisionspolitik zu erstreben.

Noch immer Vorkonferenz

Frankreich für Entwaffnung — der anderen
W.D. Paris, 13. Jan. (Tel.) „Revue Parisienne“ berichtet über eine Sitzung der Vorkonferenz. Auf der Tagesordnung habe die Liquidierung des Interalliierten militärischen Komitees von Versailles gestanden, das die Aufgabe hatte, der Vorkonferenz in allen militärischen Fragen, namentlich hinsichtlich der Durchführung der Entwaffnungsklausel des Friedensvertrages beizustehen.

Im einzelnen berichtet „Deure“: Auf Antrag des englischen Vorkonferenzers in Paris, Lord Lytton, habe die Vorkonferenz das sogenannte Interalliierte militärische Komitee von Versailles aufgelöst. Es scheint aber, daß die Franzosen einen Antrag zur Annahme gebracht haben, durch den ebenfalls nach dem „Deure“ General Barattier beauftragt worden ist, die militärischen Fragen zu verhandeln, die sich auf die Durchführung der Verträge beziehen.

Sparankampfbildung in England

W.D. London, 13. Jan. (Tel.) „Morning Post“ zufolge, soll am 27. Januar mit einer großen Versammlung in London ein Feldzug zugunsten größerer Sparankampfe bei kommunalen und staatlichen Ausgaben eingeleitet werden. Die Bewegung trägt nicht parteipolitischen Charakter, was schon daraus hervorgeht, daß der Liberale Lord Grey und der Konservative Sir Robert Horne, ein ehemaliger Schatzkanzler, zu den Rednern gehören. „Morning Post“ erklärt, es sei klar, daß keine der politischen Parteien sich zur Annahme eines großzügigen Sparankampfsprogrammes entschließen werde, wenn nicht die öffentliche Meinung einen energischen Druck ausübe.

Die Sowjetwahlen

W.D. Moskau, 12. Jan. (Tel.) In der gesamten Sowjetunion ist gegenwärtig die Wahlkampagne für die Sowjets im Gange, die sich laut Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion in diesem Jahre durch besonders rege Beteiligung der Bevölkerung auszeichnet. Nach den ersten Angaben über die Wahlen der Dorfsowjets, beträgt die Wahlbeteiligung durchschnittlich 70 Prozent, gegenüber 60 Prozent bei den letzten Wahlen, 1929. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beläuft sich auf 83 Millionen, gegenüber 74 Millionen im Jahre 1929. In Leningrad erreichte die Wahlbeteiligung 96 Prozent.

Amerikanische Novelle

zum Urheberrechtsgesetz

W.D. Washington, 13. Jan. (Tel.) Nach achtjähriger Beratung und Anhörung der Interessentenverbände ist nunmehr aus über 10 Entwürfen eine endgültige Fassung der Novelle zum Urheberrechtsgesetz geschaffen worden, deren dritte Lesung morgen zur Endabstimmung in der Repräsentantenversammlung führen wird.

Der Entwurf sieht den Eintritt zur Berner Übereinkunft von 1886 zu der in Berlin 1908 revidierten Konvention und zum Berner Zusatzprotokoll von 1914 vor. Dadurch sind die Werke von Angehörigen aller Signatarstaaten in den Vereinigten Staaten automatisch geschützt. Die Eintragung in das Register in Washington ist nicht mehr Voraussetzung für die Anerkennung des Urheberrechtes, sondern nur Beweismittel. Hierfür werden wie bisher 2 Dollar an Gebühren erhoben. Geschützt werden Bücher, Zeitungen, Vorträge, dramatische, musikalische Werke, Landkarten, Zeichnungen, Photographien und Kunstwerke sowie deren Reproduktionen. Der Schutz erstreckt sich auf Übersetzung, Verfilmung, Aufführung, Verionung, Verbreitung durch Radio, Telephon und Telegraph, Schallplatten. Bei Bauwerken ist nur der Plan geschützt, nicht die Baumethode oder das Recht, Aufnahmen davon zu machen. Die Dauer des Copyrights läuft für die Zeit des Lebens des Autors und 50 Jahre nach seinem Tode. Bei Verletzung des Copyrights kann Schadenersatz geltend gemacht, aber nicht eine strafrechtliche Verfolgung angestrengt werden.

Denkschrift Albert Thomas'

für die Europa-Konferenz

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat für die europäische Konferenz eine Denkschrift verfaßt, in der eine Reihe von sozialen Fragen aufgeführt werden, die sich nach der Ansicht des Internationalen Arbeitsamtes für eine europäische Regelung eignen. Thom' s rechnet dazu an erster Stelle die Kohlenfrage. Thomas ist der Ansicht, daß die nächste Arbeitskonferenz im Sommer dieses Jahres zu einem Ergebnis über die Regelung der Arbeitszeit im internationalen Kohlenbergbau führen werde. Andere soziale Fragen, die hauptsächlich europäischen Charakter hätten, seien: Die Arbeitsbedingungen auf den Flößereien, die Verhütung von Unfällen beim Kuppeln von Eisenbahnwagen, das Wanderverswesen, die Fragen der Arbeitslosigkeit und der landwirtschaftlichen Krise.

Entwurf einer Bundesverfassung

für Indien

Der von dem Lordkanzler in der Konferenz am Munden Tisch in London verlesene Bericht sieht für Indien eine Bundesverfassung vor, die den Indern die politische Verantwortung gibt, während die vollziehende Gewalt in den Händen der Krone oder des Generalkommissars bleibt. Der Generalkommissar ernannt den Ministerrat, der den geschäftlichen Verammlungen verantwortlich ist. Während einer gewissen Übergangsperiode wird der Generalkommissar die Verantwortung für die Landesverteidigung und die auswärtigen Beziehungen tragen, einschließlich der Beziehungen zu den indischen Staaten außerhalb des Bundesrahmens. In einigen bestimmten Fällen kann der Generalkommissar unter eigener Verantwortung handeln und Vertreter ernennen, die in der geschäftlichen Verammlung das Wort zu ergreifen das Recht haben.

Das amerikanische Rote Kreuz für die Farmer. Mit Genehmigung des Präsidenten Hoover richtete das Washingtoner Büro des Roten Kreuzes einen Aufruf an seine 3000 Zweigstellen in den Vereinigten Staaten, in dem sie aufgefordert werden, so schnell wie möglich 10 Millionen Dollar zu sammeln, um den durch die Dürre des letzten Sommers in Schulden geratenen Farmern Nahrung und Kleidung sowie Futter für ihr Vieh liefern zu können. In dem Aufruf wird jeder Zweigstelle mitgeteilt, welchen Prozentsatz der vorgeschriebenen Gesamtsumme sie aufzubringen habe.

Unruhen auf den Philippinen. Die Eingeborenenpolizei hat die letzten Samstag von religiösen Fanatikern eingenommene Stadt Tayud auf Luzon zurückerobert. Die Aufständischen hatten die amerikanische Fahne verbrannt. Bei den Kämpfen sind elf Personen, darunter zwei Frauen, getötet worden. Die Ursache der Unruhen wird auf den durch kommunistische Propaganda entfachten Fanatismus zurückgeführt.

Wächst das deutsche Volk?

Noch schlecht die deutsche Bevölkerungsbilanz jährlich mit einem Geburtenüberschuß ab. Auch im Jahre 1929 hat sich daran grundsätzlich nichts geändert. Ein ständige Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung könnte daher leicht zu der Annahme verleiten: es drohe, wenigstens von dieser Seite her, für die Zukunft Deutschlands keine Gefahr. Tatsächlich liegen die Dinge anders. Die Zeiten schneller Zunahme unseres Volks sind vorüber. Das rapide Abflinken der Geburtenziffer rückt mit Recht, als ein Problem von entscheidender Tragweite, in den Vordergrund öffentlicher Erörterung.

Vergleicht man die Bevölkerungsbilanz des Jahres 1929 mit denen der Vorjahre, so spricht die Gegenüberstellung eine unmißverständliche Sprache. 1927 betrug der Geburtenüberschuß: 405 000, 1928: 443 000, 1929: 341 000. Das ist ein bemerkenswerter Rückgang. Nun liegen allerdings hier zum Teil Umstände besonderer Art vor. Die langanhaltende strenge Kälteperiode im Frühjahr 1929 hatte eine starke Zunahme der Sterbefälle und eine erhebliche Verminderung der Geburten zur Folge. Die amtliche Statistik schätzt den gesamten durch die Kälteperiode verursachten Bevölkerungsverlust auf rund 90 000. Die darüber hinausgehende Verminderung des Geburtenüberschusses aber spiegelt die in der Nachkriegszeit allgemein zu beobachtende Tendenz rückläufiger Bevölkerungszunahme deutlich wieder.

Der Geburtenrückgang ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im letzten Kriegsjahre 1918: 1,84 Millionen, im Jahre 1928: 1,18 Millionen, 1929: nur 1,14 Millionen. Auf 1000 Einwohner kamen 1918 rund 27 Lebendgeborenen, im Jahre 1928: 18,6, im Jahre 1929: 17,0. Und schließlich eine weitere, nicht minder bedeutsame Tatsache: Die der allgemeinen Fruchtbarkeit: entfielen im Jahre 1913 auf je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren noch 166 Lebendgeborene, so war diese Zahl 1928 auf 71, 1929 auf 68 abgesunken. Das Hauptproblem der deutschen Bevölkerungsentwicklung, der Geburtenrückgang, tritt also im Jahre 1929 mit größerer Schärfe hervor als in den Vorjahren. Am ungünstigsten schneiden dabei die Großstädte ab. Nur ein Beispiel: auf 1000 Einwohner Berlins entfielen 1913: 19 Lebendgeborenen, 1929: nur noch 10. So erklärt es sich auch, daß die Bevölkerungsbilanz der Reichshauptstadt — wenn man es so ausdrücken will — stark passiv ist: es sind hier im Jahre 1929 rund 11 000 Menschen mehr gestorben als geboren.

Den Besorgnissen über diese Entwicklung läßt sich nicht mit dem Hinweis begegnen: noch wachse das deutsche Volk, noch sei die Lage nicht kritisch. Exakte statistische Berechnungen haben vielmehr mit eindeutiger Klarheit ergeben, daß die Fortpflanzung gegenwärtig bereits nicht mehr ausreicht, um den heutigen Bevölkerungszustand zu behaupten. Die zahlenmäßig dünn besetzten letzten Jahrgänge werden nämlich später, wenn sie erwachsen sind, eine weit schmalere Fortpflanzungsbasis bilden, als heute noch die dicht besetzten Vorkriegsjahrgänge. — Das Problem des Geburtenrückgangs erfordert also heute bereits, trotzdem ziffernmäßig immer noch ein Geburtenüberschuß errechnet wird, sorgsamste Beachtung.

Österreich und das Deutsche Reich

In einem Vortrage über dieses Thema behandelte Universitätsprofessor Dr. Adolf Günther, Obmann der Landesgruppe Tirol des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (Innsbruck) im Auditorium Maximilian der Innsbrucker Universität zunächst die Anschlussfrage. Der Anschluss werde uns nicht als reife Frucht in den Schoß fallen, die Anschlussfrage, die weit komplizierter liege, müsse anaussgestellt in Bewegung gehalten werden; denn es gebe auch politische Kreise, die den Zusammenschluß der Deutschen in Europa keineswegs als logische Zukunftsentwicklung sahen. Der Zusammenschluß müsse daher zuerst auf dem Boden des alten Österreich erfolgen; es müsse an der Herausarbeitung des öffentlichen Willens gearbeitet werden, der uns zum Teil heute noch fehle. Wenn man von Turner, Schützen- und Sängerverbänden höre, könne man glauben, daß der Anschluss kein Problem mehr sei. Frage man aber führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die zwar gut deutsch, aber in der Anschlussfrage skeptisch sind, dann erkenne man die Notwendigkeit der Schaffung eines öffentlichen Meinungs. Man könne darüber streiten, ob Briand's Panuropa-Plan und ein Mitteleuropa im deutschen und österreichischen Sinne im Endziel vereinbar seien. Wertwichtig sei es, daß Frankreich die Neuordnung der politischen Dinge in Europa nicht für befriedigend betrachte, obwohl es glaube, mit Hilfe der Kriegsschuldliquidation in den Friedensverträgen eine dauernde Ordnung in Europa aufgebaut zu haben. Vielleicht bestche ein Zusammenhang zwischen dem Panuropa-Plan und dem Anschluss. Vielleicht liege im PanEuropa-Plan die psychologische Absicht eingeschlossen, dem Anschluss den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein grundsätzlicher Gegensatz brauche Panuropa und Mitteleuropa nicht zu sein, denn Panuropa brauche ein geordnetes Mitteleuropa. Die Umstellung in unserem Sinne müsse indes anders aussehen als jene des französischen Projekts.

Übergehend zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage, dem der österreichische Nationalrat damals die Ratifizierung verweigerte, bezeichnete Redner als dessen Hauptschwierigkeit die Passivität der österreichischen Handelsbilanz gegenüber Deutschland. Denn während das Deutsche Reich im Jahre 1929 für 690 Millionen Schilling nach Österreich einfuhr, betrug die Ausfuhr Österreichs nach Deutschland nur 350 Millionen Schilling. Es sei möglich, daß es wegen der Weisbegünstigungsklausel zunächst überhaupt nicht zum Abschluss des Handelsvertrages komme, doch könne, wenn beide Länder auf eine selbständige Tarifpolitik verzichteten, eine spätere engere Verflechtung der Wirtschaft erreicht werden. Österreich sei inzwischen eine Reihe von Bindungen nach anderen Richtungen eingegangen, daher sei es für die Anschlussfrage um so unerlässlicher, den Zeitablauf zu nützen.

Der Remarquefilm. Nach einer Havasmeldung besuchten unter Führung des badiischen Landtagsabgeordneten Ruhbaum (Freiburg) 100 deutsche Sozialdemokraten am Sonntag Straßburg und wohnten der Vorführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ bei. — Während der Premiere des Filmes in Riga wurden Stinkbomben geworfen. Zwei Personen wurden zwangsgeführt, die beide deutscher Nationalität sind.

Die spanischen Wahlen. An autorisierter Stelle in Madrid kündigt man an, die Verordnung zur Ausschreibung der Wahlen werde vor dem 7. Februar fertiggestellt werden, also dem Tage, an dem die Wahlvorbereitungsperiode beginnt, die mindestens 20 Tage umfaßt.

Blutige Zusammenstöße in Bombay. Infolge der gemeldeten Hinrichtung von vier Personen wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung von Polizeibeamten bei den Unruhen in Scholapur vom Mai 1930 kam es in Poona und Bombay zu Volksaufläufen und Protestkundgebungen. In Bombay kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. 20 Personen wurden verletzt.

Kurze Nachrichten

Zum polnischen Gesandten in Berlin wurde der bisherige Staatssekretär im polnischen Außenministerium, Dr. Alfred Wylski, ernannt.

Verbot einer Reichsbannerparade in Weimar. Die Ortsgruppe Weimar des Reichsbanners hatte für Montag abend eine Versammlung in das Stadthaus einberufen. Die Thüringische Polizeidirektion verbot jedoch diese Versammlung mit der Begründung, daß bei der zur Zeit bestehenden politischen Hochspannung mit schweren Ausschreitungen gerechnet werden mußte.

Für Auflösung des Landtages von Anhalt sprach sich die Deutsche Volkspartei auf einem Landesparteitag aus. Die Auflösung soll durch Volksbegehren und Volksentscheid angestrebt werden. Ferner verneinte der Landesparteitag die Notwendigkeit des von der Sozialdemokratie verlangten Anschlusses Anhalts an Preußen und bezeichnete deren Vorgehen in dieser Frage als eine rein parteipolitische Aktion.

Das neue Remeldirektorium hat seine Amtsgeschäfte übernommen.

Eine Reichsanwaltskammer. Nach einem Gesuchentscheid, der soeben dem Reichsrat zugegangen ist, soll die deutsche Anwaltschaft eine öffentlich-rechtlich anerkannte Zentralvertretung erhalten. Die Vorsitzende der Anwaltskammern in den verschiedenen Gerichtsbezirken waren schon bisher in einer Vereinigung für das ganze Reich zusammengeschlossen. Diese Vereinigung soll durch das neue Gesetz unter dem Namen „Reichsanwaltskammer“ ein festes juristisches Gefüge als anerkannte Berufsvertretung erhalten.

Besprechungen über das Osthilfegesetz. In einer Besprechung, die am Montag in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsministers Treuhandrat stattfand, wurde das Osthilfegesetz, das vom Reichskabinett am 19. Dezember grundsätzlich beschlossen worden ist, in seinen Einzelheiten durchberaten. Der Gesetzentwurf wird noch einmal durchgearbeitet und dann erneut dem Kabinett zugeleitet. Sowie gilt als sicher, daß der bekannte Silberbergische Vorschlag, der eine Verewigung der Industriebelastung bedeuten würde, dem Inhalt des Gesetzes nicht zugrunde liegt.

Ein englischer Finanzberater für Manting. Der Leiter der Wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, ist von der chinesischen Regierung eingeladen worden, wegen des wirtschaftlichen Aufbaues Chinas sachkundigen Rat zu erteilen. Salter hat die Einladung angenommen und will sich von Indien direkt nach Manting begeben.

Deutschlands Fremdenverkehr

In den drei ersten Vierteljahren von 1930 sind von übersee durch die deutschen Schiffsabfertigungsstellen insgesamt etwa 435 000 Passagiere nach Europa befördert worden, davon sind 62 888 aus Nordamerika, 11 878 aus Südamerika, 214 von Afrika, 171 von Ostasien und 4274 von europäischen Häfen kommende Reisende, insgesamt also 79 420 in deutschen Häfen gelandet.

Der Fremdenbesuch aus Amerika ist im allgemeinen und besonders in den Städten München, Heidelberg, Wiesbaden und Freiburg außergewöhnlich gestiegen. In München war er im Sommerhalbjahr mit 43 100 Amerikanern um 85 Proz. stärker als 1929, in Heidelberg stieg er um 31 Proz. auf 22 250, in Wiesbaden um 55 Proz. auf 18 382 und in Freiburg um 34 Proz. auf 3719. Daß der Amerikanerbesuch jedoch nicht von der Weltwirtschaftskrise unbeeinträchtigt geblieben ist, zeigt das Beispiel Baden-Badens, dessen Amerikanerbesuch im Sommer um 10 Proz. zurückgegangen ist. Die Zahlen der Engländer sind u. a. in Baden-Baden um 29, in Freiburg und Heidelberg um 50-59 Proz., in Wiesbaden um 65 und in München sogar um 240 Proz. gestiegen.

Fortschritt der kommunalen Abwässerreinigung

Die „Technischen Blätter“, die Wochenbeilage der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, berichten über die Großkläranlage für die Abwässerreinigung, die nach Plänen des Direktors der Berliner Stadentwässerung, Magistratsoberbaumeister Langbein, gegenwärtig in der Nähe von Stahnsdorf errichtet wird. Die Anlage ist für eine tägliche Verarbeitung von 120 000 bis 180 000 Kubikmeter Abwasser eingerichtet und genügt damit für einen Bezirk von etwa 500 000 bis 600 000 Einwohnern. Die Anlagen sind so bemessen, daß alle zugeführten Abwässer durch die Vorkläranlage hindurchgehen; ein Teil der vorgeklärten Abwässer wird vorläufig noch den in der Nähe gelegenen Nieselselbden zugeführt. Es handelt sich aber um eine Versuchsanlage großen Stils, durch die die Frage einer großzügigen Umstellung der Berliner Abwässerreinigung geprüft werden soll. Die Hauptsache ist dabei nämlich die Einführung des sogenannten biologischen Verfahrens, durch das dem vorgereinigten Abwasser die faulnisfähigen Stoffe entzogen werden sollen. Man hofft, auf diesem Wege allmählich den allzu kostspieligen Betrieb von Nieselselbden teilweise entbehren zu können. Das soll erreicht werden durch Anwendung des sogenannten Belebtschlammverfahrens, das zuerst versuchsweise in Essen-Nordlinghausen angewendet worden ist. Wenn es sich bewährt, wird es voraussichtlich für die Abwässerreinigung in größeren Gemeinden künftig erhebliche Bedeutung gewinnen.

Die wirtschaftliche Ausnützung des Kleinwaldbesitzes

Der in Händen kleinerer Landwirte befindliche Waldbesitz wird vielfach nicht genügend wirtschaftlich ausgenutzt, weil es den Eigentümern an finanziellen Mitteln hierzu fehlt. Der Landkreistag will deshalb eine Organisation schaffen, die die Kleinwaldbesitzer durch Beratung und geeignete Unterstützung so fördern soll, daß sie den Wald rationeller ausnützen können. Man veranschlagt diesen sogenannten Bauernwald in ganz Deutschland auf 1 Million Hektar, und außerdem gibt es auch noch in erheblichem Umfange aufforstungsfähiges Obland, das nur deswegen brach liegt, weil es den Eigentümern ebenfalls an den nötigen finanziellen Mitteln fehlt. Man will daher überall Waldbauvereine gründen und glaubt, durch diese Aktion viele Millionen an Volkseinkommen und Volkseinkommen neu schaffen zu können.

Keine Luftverkehrssteuer für die Reichsgründungsfeier. Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, wonach Veranstaltungen die aus Anlaß und zu Ehren der 60. Wiederkehr der Reichsgründung stattfinden, der Vergütungssteuer nicht unterliegen. Mit dieser Verordnung soll, für die Reichsgründungsfeier am 18. Januar dieselbe Steuererleichterung herbeigeführt werden, die schon die Veranstaltungen anläßlich der Verfassungsfeier genießen. Der Reichsrat wird sich am Donnerstag dieser Woche mit der Verordnung beschäftigen.

Badischer Teil

Die Krise der Selbstverwaltung

Wünsche der Landgemeinden

Die Zeitschrift „Die Gemeinde“ wendet sich in einem längeren Artikel gegen Bestrebungen und Vorschläge, die dahin gehen, an Stelle der vier großen, wirtschaftlich geschlossenen und leistungsfähigen Kreisverbände etwa 27 Amtskreisverbände (Landkreise) ohne die Städte zu bilden und sie von Staatsbeamten verwalten zu lassen. Das ganze Problem des Lastenausgleichs würde dadurch auf den Kopf gestellt werden und die Verhältnisse sich gegenüber heute noch ganz bedeutend verschlechtern, denn ein Ausgleich zwischen Stadt und Land würde dann überhaupt nicht mehr vorhanden sein. Ein Bedürfnis für 27 Amtskreisverbände oder Landkreise ist absolut nicht gegeben. — Eine weitere Zuspitzung des genannten Organs beschäftigt sich mit der Krise der Selbstverwaltung. Es heißt darin u. a.:

Die Schwierigkeiten, die der Selbstverwaltung erwachsen sind, liegen nicht darin, daß die Gemeinden aufstehende Wägen sich selbst zu verwalten, oder daß es am guten Willen oder an der Fähigkeit dazu fehlt, denn die glänzenden Erfolge der Selbstverwaltung im letzten Jahrhundert beweisen direkt das Gegenteil. Der Grund für die verfahrenen Zustände ist vielmehr in der allgemeinen Not, die durch den verlorenen Krieg verursacht ist, und nicht zuletzt in der Beseitigung der finanziellen Beweglichkeit und in der fehlerhaften Verteilung der Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu suchen. Es wird auch ein Finanz- und Lastenausgleich zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Städten und Gemeinden verlangt. Die Gemeinden sind sich wohl bewußt, daß mit den Rechten der Selbstverwaltung auch Pflichten verbunden sind, die restlos erfüllt werden müssen, und sie werden sich sicherlich von selbst alles tun, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern. Bedingung dafür ist aber nach der in der Zeitschrift bekundeten Auffassung, daß Reich und Länder die Voraussetzungen für ein verantwortliches Arbeiten in der Selbstverwaltung schaffen und damit den ersten Schritt tun, um die jetzigen Krisenerscheinungen in der durch allerlei außerhalb ihres Machtbereichs liegenden Maßnahmen bedrohten Selbstverwaltung zu beseitigen.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Kriegesbeschädigten Christian Hermann König, Elektriker in Gerbach, der unter eigener Lebensgefahr ein Kind von Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Schiedspruch in der mittelbadischen Metallindustrie

In dem Lohnstreit in der mittelbadischen Metallindustrie wurde am Montag vom Landespräsidenten ein Schiedspruch gefällt, der folgendes vorschreibt:

Die Löhne werden um 6 Proz. herabgesetzt, die Löhne der übrigen Gruppen in allen Stufen errechnen sich nach dem bisherigen Tarifschlüssel. Die Akkordgrundlöhne ermäßigen sich ebenfalls um 6 Proz. Diese Regelung tritt mit dem 12. Januar 1931 beginnenden Lohnwoche in Kraft und läuft bis 30. Dezember 1931. Sie kann mit vierwöchentlicher Frist erlöschen, wenn die Tarifparteien sich einverstanden erklären. Die Tarifparteien sind verpflichtet, sich mit dieser Regelung zu befriedigen, ansonsten läuft sie mit gleicher Fristigungsjahr jeweils einen Monat weiter. Die Erklärungsjahr läuft bis zum 16. Januar mittags.

Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarrenindustrie. Die Filiale Sulzfeld (Amt Bretten) der Firma Herwald, eine der größten und bedeutendsten Firmen Deutschlands in der Zigarrenverarbeitung, hat nach einer kurzen Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen. Es handelt sich um eine Verlegung von über 100 Personen. — In beschränktem Umfang hat die Firma Landfried in ihrer Filiale in Diefheim (Amt Wiesloch) den Betrieb wieder aufgenommen. Da in allen anderen Zigarrenfabriken noch nicht wieder gearbeitet wird, zählt die Gemeinde gegenwärtig 660 Arbeitslose. — Die an Grund und Boden arme Gemeinde Karlsdorf (Amt Bruchsal) weist eine erschreckend hohe Zahl von Erwerbslosen auf. Es ist dies die Folge der Stilllegung der sieben Zigarrenfabriken am Platze, die auch jener in der Umgegend, und man schätzt die Zahl der Leute, die gegenwärtig ohne Verdienst sind, auf annähernd 700. Etwa jeder dritte Einwohner ist erwerbslos.

Die Ziegelwerke von Kaiser & Böhler in Döppingen (Amt Buchen) beabsichtigen ihren Betrieb stillzulegen und voraussichtlich im April wieder aufzunehmen. Es sind für den Augenblick genügend Warenvorräte vorhanden. Zunächst werden 55 Arbeiter beschäftigungslos.

Schiedspruch in der badischen Papierindustrie. Nach dem am Montag in Freiburg gefällten Schiedspruch in der badischen Papierindustrie wurde der Lohn um 5 Reichspfennig gesenkt. Der neue Tarif läuft bis 31. Juli 1931. Erklärungsjahr der Parteien ist der 16. Januar.

Zagungen

Der Verband der badischen Kaninchenzüchter, der 4000 Mitglieder umfaßt, hielt in Wehrheim seine Landesversammlung ab, die mit einer gutbesuchten Landeskaninchenschau verbunden war.

Rundfunk in Zahlen

In Deutschland wurde der Rundfunk im Oktober 1928 eröffnet. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer die noch Anfang 1925 nur wenig mehr als 500 000 betragen hatte, betrug um die Jahresmitte 1930 bereits mehr als 3,2 Millionen. In den vergangenen 7 Jahren hat sich eine Radioindustrie aufgebaut, die etwa 15 000 Arbeitern Beschäftigung gibt und einen Kapitalwert darstellt, der nicht weit von einer halben Milliarde entfernt sein dürfte. Die Umsätze der Funkwirtschaft sind für 1929 auf etwa 368 Mill. Reichsmark zu schätzen. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind von 1000 Einwohnern 104 Rundfunkteilnehmer; es folgen Dänemark mit 80, Schweden mit 72, Großbritannien mit 67 Rundfunkteilnehmern. Deutschland steht mit einer Teilnehmerzahl von 49 noch hinter Österreich mit 58 an siebenter Stelle.

Kleine Chronik

Bei Flugzeugunfällen fanden am Montag in England vier Militärflieger den Tod. In der Nähe von Wiffon (Grafschaft Nottingham) verunglückte ein Bombenflugzeug. Die drei Insassen konnten nur noch als Leichen geborgen werden. In der Grafschaft Essex stießen bei einem Geschwaderflug von Einfliegern zwei Flugzeuge zusammen. Einer der Insassen, ein Offizier, war sofort tot. Im ganzen sind im neuen Jahr bisher sieben englische Militärflieger tödlich verunglückt.

Die nunmehr nur noch elf italienischen Flugzeuge des Generals Balbo landeten am Montag in Bahia und flogen am Mittwoch nach Rio de Janeiro weiter.

Der Brand in der Gummiabrik Meuser, München, hat einen Schaden von etwa einer halben Million angerichtet. Der Betrieb erleidet aber keine Unterbrechung.

Der 36 Jahre alte Kandidat des Bürgermeisteramts Tuerich (Kreis Bergheim, Rheinland), Schloßmer, ist unter Mitnahme der unterschlagenen Gemeindefasse, in der sich über 100 000 M befanden, flüchtig. Man nimmt an, daß er nach Holland geflüchtet ist.

In Reichenbach (Vogtland) wurde der Amtsgerichtsrat Schubert in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Seine Ehefrau lag mit eingeschlagenem Schädel tot im Bett. Es liegt zweifellos Mord und Selbstmord vor.

Nach einer Meldung aus Paris ist wieder ein Bankier verhaftet worden, und zwar der Leiter der Filiale einer Pariser Bank, Gerardmer, der 800 000 Franken unterschlagen haben soll.

In Salmos (Ungarn) wurde heute, Dienstag früh, die Bäuerin Kardos, die zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, weil sie ihren Gatten und ihren Sohn mit Arsenik vergiftet hatte, um sie beerben zu können, hingerichtet.

Ein neuer Ausbruch des mitteljapanischen Vulkans Merapi ist erfolgt. Der Vulkan warf neue Lavamassen aus, die sich mit einer Geschwindigkeit von 30 Stundenmeilen bergabwärts ergossen.

Ganz Japan wird von heftigen Schneestürmen heimgesucht, die bereits ungeheuren Schaden angerichtet haben. Der Verkehr ist an vielen Stellen unterbrochen. Zahlreiche Personen wurden getötet und verletzt. In der Hauptstadt herrscht strenge Kälte. Man befürchtet, daß viele Schiffe auf See untergegangen sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Januar		12. Januar	
	Welsch	Paris	Welsch	Paris
Amsterdam 100 G.	169.03	169.37	169.06	169.40
Kopenhagen 100 Kr.	112.27	112.49	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	22.00	22.04	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.395	20.435	20.391	20.431
New York 1 D.	4.2015	4.2095	4.2005	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.473	16.513
Schweiz . . . 100 Fr.	81.336	81.52	81.38	81.54
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.441	12.461

Im Konkurs der Zentrale der landw. Lagerhäuser AG, Tauernbischhofheim, soll, wie nun gemeldet wird, eine Abfahrgüterverteilung erfolgen. Dazu sind 260 000 M verfügbar. Zu berücksichtigen sind 2508 M bevorrechtigte und 1248 225 M nichtbevorrechtigte Forderungen.

Waggonfabrik Aktiengesellschaft Kattatt. Die Gesellschaft ist nach der in der Aufsichtsratsitzung am Montag vorgelegten Bilanz für das Geschäftsjahr 1929/30 in der Lage, den noch mit 288 456,97 M vorgetragenen Verlustsaldo durch den im Berichtsjahr nach den üblichen Abschreibungen und Rücklagen erzielten Reingewinn von 212 229,67 M auf 76 226,30 M zu ermäßigen. Bei diesem Resultat ist zu beachten, daß die Gesellschaft von der bei anderen gleichartigen Unternehmen durchgeführten Befreiung früherer Betriebsverluste durch Sanierungsmassnahmen absahen konnte. Generalversammlung 23. Februar 1931.

Die deutsche Zuderindustrie für das internationale Abkommen. In der am Montag in Berlin abgehaltenen Versammlung der deutschen Zuderfabriken, die nahezu vollständig vertreten waren, wurde das internationale Abkommen, das am 8. Januar mit den Vertretern verschiedener Rohr- und Nibenzuderindustrien in Berlin geschlossen worden ist, gegen eine kleine Minderheit angenommen. Im Verlauf der Sitzung wurde die Satzung der neu zu gründenden wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuderindustrie durchberaten. Auch hier hat die Zuderindustrie trotz vielfach gegeneinander laufender Interessen mit überwältigender Mehrheit dem Entwurf zugestimmt.

Frachtermäßigung für Stidstoff. Das Stidstoff-Syndikat teilt mit: Die am 1. Februar für Düngemittel eintretende Frachtermäßigung der Reichsbahn wird auch vom Stidstoff-Syndikat den Abnehmern restlos weitergegeben werden. Sobald die Berechnungen abgeschlossen sind, wird der auf das Kilogramm Stidstoff zu vergütende genaue Einheitsfuß bekanntgegeben.



MARKE "TEEKANNE" billiger!

Ermäßigte Preise

Für die Sorten Gelb, Braun, Grün, Schwarz, Blau, Rot, Gold
50 Pfennige pro Pfund

Neu eingeführt

Friesensilber 50-g-Paket 70 Pf.
Teespitzen 50-g-Paket 55 Pf.

Trotz Preissenkung unveränderte Aufgabe der Porzellan-Prämien gegen Einsendung leerer Teekanne-Umhüllungen. Man verlange beim Einkauf Prospekt

Hiermit erreicht unser Preisabbau die Grenze des Möglichen / Teekanne G. m. b. H. / Dresden-A. 24

Aus der Landeshauptstadt

Die Milchlieferanten gegen die Städtische Milchzentrale Karlsruhe

Vorstand und Aufsichtsrat der Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung e. G. m. b. H. befaßten sich in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit der Frage der Milchversorgung der Stadt Karlsruhe und haben einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

Vorstand und Aufsichtsrat müssen mit Bedauern feststellen, daß trotz ihrer wiederholten Forderung der Abtötung der Fernmilch, die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe einen erheblichen Teil ihrer Gesamtmilchmenge aus württembergischen Bezugsgebieten und vom hohen Schwarzwald — aus Entfernungen von über 100 Kilometer — und aus Gebieten, die mit der Stadt Karlsruhe in gar keinem wirtschaftlichen Verkehr stehen, hereinbringt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung, die alle Liefergemeinden der Stadt Karlsruhe umfaßt, ist nicht gewillt, zuzusehen, daß die von ihren Mitgliedern erzeugte Milch zugunsten dieser Fernmilch entweder nicht abgenommen oder zu ihren Kosten verarbeitet wird.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung fordert endlich Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, deren Erfüllung in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auch dem gesamten Wirtschaftsleben der Stadt Karlsruhe zugute kommt.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung muß im Hinblick auf die Preisnotizen auch jedes Ansehens, zu einer Preisfestsetzung der Milch durch Herabsetzung der Erzeugerpreise beizutragen, zurückweisen, weil dies unter den heutigen Verhältnissen für die Landwirte nicht tragbar wäre und außerdem eine Ungerechtigkeit darstellen würde, solange nicht vorher alle anderen Maßnahmen zur Durchführung gebracht werden, die dem Verbraucher, ohne Belastung der Landwirtschaft, eine billigere Milch bringen können.

Letzteres würde sich nach Auffassung des Vorstandes und Aufsichtsrats doch wohl schon dadurch ermöglichen lassen, daß die beiden in Karlsruhe bestehenden Zentrale zusammengelegt werden. Unter den heutigen Verhältnissen bedeutet die Aufrechterhaltung einer eigenen Zentrale durch die Stadt eine Belastung für die milchliefernde Landwirtschaft der Umgebung sowohl, als auch eine Belastung für den Verbraucher.

Babische Lichtspiele — Konzerthaus. Spielfilme, deren Inhalt irgendeinem schriftstellerischen Werke entnommen ist, haben immer eine besondere Zugkraft. Der Film „Das Schweigen im Walde“ Ludwig Ganghofers, eines der meistgelesenen Werke, dieses Schriftstellers, bedeutet eine gewaltige Aufgabe für den Regisseur. Die dem Kenner des Werkes bekannten Figuren erhalten hier auf der Leinwand Leben und Bewegung. Es ist natürlich, daß bei einem solchen Werk von anderthalbstündiger Spieldauer manche Feinheit der Erzählkunst Ganghofers verlorengeht. Immerhin kann man ausgezeichneter Unterhaltung sicher sein. — Ein Weisfilm führt uns nach der östlichsten Großstadt unseres Vaterlandes, Königsberg. Die Daulig-Wochenchau beschließt das reichhaltige Programm.

Die Ringkampfanforderung im Colosseum. Obwohl die Teilnehmerliste noch nicht abgeschlossen ist, kann man sich trotzdem heute schon ein Bild von der ringkampfsportlichen Veranstaltung machen, wenn man die Namen der bis jetzt bekanntgewordenen Ringer liest, die zur Teilnahme an den Kämpfen kontraktlich verpflichtet worden sind. Darunter befinden sich für den hiesigen Platz neue Namen. Da ist zuerst der Pole Pawel Risch zu nennen, der in allen Wettbewerben ein gewichtiges Wort zu reden hat. Budrus, Litauen, der bekannte Draufgänger, ist auch diesmal wieder mit von der Partie. Ein äußerst interessanter Teilnehmer ist der Regerchampion William Thomson, Zentralamerika, ein Ringer von ganz großem Format. Esch-Lohringen entsendet seinen Schwergewichtsmeister, Alt-Morell. Bierholz, ein früherer bedeutender Amateurringer, ist Meister von Majuren. Aus der Slowakei kommt der Ringerrieße Prochaska. Aus Hamburg kommt der hier sehr beliebte und äußerst gewandte Ringkampfschlichter Schwarzbauer. Bayern ist vertreten durch seinen neuen jugendlichen Meister Max Vogtmann. Auch der Sieger aus den letzten Ringkämpfen, Europameister Fritz Stolzenwald, kommt. Die Ringkämpfe unterliegen der Kontrolle des internationalen Ringverbandes. Organisation und Kampfleitung liegen in Händen des offiziellen Kampfleiters des Internationalen Ringverbandes, Herrn Carl Wegbold. Den Ringkämpfen voraus geht allabendlich ein ausgefülltes Varietèprogramm.

Das Guarneri-Quartett, neben dem Kolisch-Quartett zweifellos die bedeutendste Kammermusikvereinigung der jüngeren Generation, kehrt am 22. Januar (Donnerstag) zum zweiten Male in Karlsruhe ein und wird im Eintrachtsaal im 4. Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeldt wiederum seine Klangwunder entfalten. Wie beispiellos schnell das Guarneri-Quartett die Gunst des musikalisch-karlsruher Publikums mit einem einzigen Konzert erobert hat, geht aus der Tatsache hervor, daß bei der Abgabe der Fragebogen nach dem letzten vorjährigen Konzert sämtliche Personen, die ihre Stimme abgaben, das Guarneri-Quartett wieder gewünscht haben, erst an zweiter Stelle kam nach der Stimmzahl das Busch-Quartett, an dritter Stelle das Josef-Quartett. — Die Bezeichnung „Guarneri“-Quartett bezieht sich auf die vier Instrumente, die sämtlich von dem berühmten Geigenbauer Antonio Guarneri (1687 bis 1745) verfertigt wurden. In der Klangkultur, höchster Verfeinerung des Zusammenspiels liegt denn auch die besondere Note des Quartetts. Nach dem beispiellosen Erfolg des vorjährigen karlsruher Einführungskonzertes ist jetzt auch hier mit einem vollbesetzten Saal zu rechnen, zumal die Abonnenten der Neufeldtschen Kammermusikabende die doppelte Zahl gegenüber dem vorigen Jahr aufweisen. Es ist daher ratsam, als Nichtabonnent rechtzeitig einen Platz für den 22. Januar zu befragen, links Saalhälfte bei Neufeldt, Waldstr. 81, rechte Saalhälfte bei Bielefeld, am Marktplatz.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das norddeutsche Tiefdruckgebiet hat einen Ausläufer über Frankreich entwickelt, dessen Annäherung uns bereits gestern Bewölkungszunahme brachte. Heute nacht kam es noch einmal zu strengem Frost. An der Rückseite des Tiefdruckausläufers stößt über England maritime Kaltluft nach Süden vor, die aber wärmer ist als die bei uns lagernde und durch Ausstrahlungen stark abgekühlte kontinentale Kaltluft. Da mit dem Einbruch der maritimen Luft nach Süddeutschland zu rechnen ist, steht vorübergehend milderer Wetter bevor. **Wetterausblick:** Wolkig und milde, zeitweise Schneefall, in der Ebene später Regen.

Wasserstände. Waldshut 216 — 8, Basel 27 — 8, Schusterinsel 82 — 8, Rühl 224 — 11, Magaz 421 — 10, Mannheim 830 — 17, Raab über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Der Fremdenverkehr Baden-Badens

Trotz der wirtschaftlichen Depression, die allmählich auf allen Ländern der Welt lastet, hatte die Badestadt im Jahre 1930 die gute Frequenzziffer von 79 852 Fremden aufzuweisen. Der durchschnittliche Besuch der letzten 10 Friedensjahre betrug 76 095, der 10 Nachkriegsjahre 78 543. Ganz natürlich ging der Besuch aus unserem schwergeprüften Heimatlande in erheblich stärkerem Maße zurück, wie der aus dem Auslande, das ungefähr die gleiche Anzahl von Gästen sandte wie im Vorjahre. Besonders erfreulich ist die sich in aufsteigender Linie bewegende Zahl der Gäste aus Großbritannien und den übrigen Ländern des britischen Imperiums, sowie aus Argentinien, Belgien, Italien, Luxemburg, Norwegen, Peru, Spanien und Ungarn. Der Anteil der Ausländer an dem Gesamtbesuch ist von 25,3 auf 28,3 Proz. gestiegen. Er betrafte sich auf 22 457 ausländische Gäste. Die Zahl der Übernachtungen stellte sich auf 559 430 gegen 178 769 im Jahre 1929 und 704 597 im Jahre 1928.

Bürgermeisterwahl. In Hundheim (Amt Wertheim) erhielt keiner der Bürgermeisterkandidaten die nötige Stimmzahl, so daß ein zweiter Wahlgang stattfinden muß.

Aus dem Gemeinderat Schwelmen. Die im Auftrage der Wohlfahrtsvereinsvorstände 10 Anträge werden, soweit sie sich auf zusätzliche Unterhaltungen für alle beziehen (Übernahme von Wohnungsmiete, Gewährung von Brennmaterial, Erlass von Wasser- und Abwasser für Licht) abgelehnt mit Hinweis auf Beschluß des Gemeinderats vom 27. November 1930 Nr. 852, der grundsätzlich bestimmt, daß es für zusätzliche Unterhaltungen der Stellung von Einzelanträgen bedarf, denen nur in besonders begründeten Fällen stattgegeben werden kann. Die Anträge auf Einrichtung eines Aufenthaltsraumes im Rindbau beim Lagerplatz Heidelberger Straße, um Bereitstellung weiterer Hofhandarbeiten und Erhöhung der bisherigen Arbeitszeit und -löhne, werden späterer Entschliessung vorbehalten.

Um die Viehstier-Blasg-Bahnen. Für die Blasg-Bahnen Wiesloch—Waldangelloch und Wiesloch—Schatthausen wird für das Jahr 1931 ein Zuschuß von 18 000 M erforderlich, den der Kreis Heidelberg und die Anliegergemeinden hälftig übernehmen sollen. Die endgültigen Beschlüsse hierüber werden in Kürze fallen.

Bei der Bezirksparlamentswahl betragen im Jahre 1930 die Neueinlagen 5 205 869 M, die Rückzahlungen 4 594 025 Reichsmark, mithin Mehrerlagen 611 844 M. Hierzu kommen noch kapitalisierte Zinsen in Höhe von circa 900 000 M, so daß die Gesamterhöhung der Spareinlagen rund 1,5 Millionen beträgt. Neue Einleger sind zugegangen 3034, abgegangen 964, mithin Vermehrung 2070. Stand der Spareinlagen am 1. Januar 1931 14,1 Millionen. Hierzu kommen noch circa 3 Millionen Reichsmark Aufwertungsquoten. Die Zahl der Spareinleger beläuft sich auf 12 138.

Dem Bürgerausschuß Gaggenau lag das Projekt der **Niedelbach-Korrektion** vor. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen und mit den Korrekturenarbeiten ist bereits begonnen worden. Die erforderlichen Mittel von 46 000 M werden auf dem Wege der produktiven Erwerbslostenförsorge beschafft, wozu der Staat ein im Laufe von 15 Jahren amortisierbares Darlehen gibt.

Das Freiburger Strandbad. Im Ausschuss zur Förderung des Freiburger Strandbades wurde bekanntgegeben, daß die Pläne über die Errichtung des Strandbades dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorliegen. Bei der Diskussion kam die einmütige Auffassung zum Ausdruck, daß für Freiburg nur ein Familienbad auf einer großen Fläche an landschaftlich hervorragender Stelle in Betracht komme, das Gelegenheit gebe, den Bade- und Spielbetrieb zu erweitern. Als ein solches Gelände wird der Platz unterhalb der Ebnert-Brücke angesehen, den auch die Stadt in Aussicht genommen hat. Der Vertreter der Universität Freiburg, Geheimrat Hlenschel, erklärte, wenn Freiburg nicht ins Hintertreffen kommen wolle, müsse es ein solches Bad errichten. Der Ausschuss nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt, daß es bedauerlich sei, daß die Frage der Errichtung eines Strandbades noch nicht soweit gediehen sei, daß die Inbetriebnahme im Sommer 1931 gesichert sei. Nachdem feststehe, daß für die Arbeiten Zuschüsse aus der Arbeitslosenunterstützung zu erwarten sind, sollte schon zur Entlastung des Arbeitsmarktes mit den Arbeiten im Winter begonnen werden.

Endgültige Umlagefestsetzung in Furtwangen. In seiner ersten Sitzung stimmte der neugewählte Bürgerausschuß Furtwangen mit 42 gegen 23 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten der Vorlage über die endgültige Umlagefestsetzung für 1930/31 zu. Diese beträgt 119 Pf vom Grundvermögen, und 48 Pf vom Betriebsvermögen und 597 Pf vom Gewerbesteuerbeitrag.

Genehmigtes Abschiedsgesuch des Bürgermeisters von Schopfheim. Der Gemeinderat Schopfheim hat in einer besonderen Sitzung das Abschiedsgesuch des Bürgermeisters Heeg genehmigt. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß der Rücktritt des Bürgermeisters im gegenwärtigen Augenblick einen schweren Verlust für die Stadt bedeute, daß man aber bei der angegriffenen Gesundheit des Bürgermeisters seinen Wunsch begreife. Aber die Form der Verabschiedung soll noch besonders Beschluß gefaßt werden. Erster Bürgermeisterstellvertreter wurde Landesökonomierat Prof. Dr. Brüderlin. — Der Gemeinderat beschloß ferner, den freigewordenen Bürgermeisterposten zur Neubefugung auszuscheiden.

Der Waldshuter Bürgermeisterposten. Eine Nachricht, daß der Vorsitzende des Arbeitsamtes Waldshut, Karl Röttgers, als aussichtsreichster Kandidat für den Bürgermeisterposten in Frage komme, eilt den Tatsachen voraus. Im Gemeinderat und bei den Parteien sind Beschlüsse über die Bürgermeisterwahl noch nicht gefaßt worden. Die Frage wird auch deshalb noch nicht akut werden, weil ja die Pensionierung von Bürgermeister Dr. Horster erst auf die Dauer von zwei Jahren erfolgt ist. Solange diese Frage nicht endgültig geklärt ist, kann überhaupt zu einer Neuwahl nicht geschritten werden.

Die Biersteuer in Singen a. S. Die durch den Gemeinderat zwar abgelehnte, aber durch den Bezirksrat diffinierte Bürgersteuer wird schätzungsweise 45 000 M einbringen. Die Erhöhung der Biersteuer brachte 15 000 M weniger ein als vorgesehen. Bei dem großen Rückgang des Bierkonsums ist es daher fraglich, ob das erwartete Erträgnis nicht wieder zurückfallen wird. Das Bier wird von 23 Pf auf 25 Pf erhöht. Da der Wein auch 25 Pf kostet, dürfte jetzt noch mehr Wein als früher konsumiert werden.

Konstanz legt Rekurs gegen die Staatsaufsicht ein. Der Stadtrat Konstanz hat beschlossen, nochmals gegen die vom Lan-

deskommissar getroffenen Anordnungen Rekurs einzulegen. Da die Gemeindegetränksteuer vom 1. Februar 1931 an eingeführt wird, liegt in der Entscheidung des Landeskommissars.

Kurze Nachrichten aus Baden

Noch keine Einigung der Schwarzwaldvereine

Auf der Hauptversammlung des Schwarzwaldvereins Freiburg sagte der Vorsitzende, Geh. Hofrat Seith, ein greifbares Ergebnis in den Zusammenstoßbestrebungen der badischen und württembergischen Schwarzwaldvereine liege bis jetzt nicht vor. Einig sei man darin, daß ihr Sitz in Freiburg sein soll. Keine Einigung konnte man über die Höhe des Beitrags erzielen, da die Württemberger darauf bestehen, daß nur der an den Hauptverein abzuführende Betrag festgelegt werden dürfe. Im übrigen mögen die Ortsgruppen nach eigenem Belieben einen örtlichen Zuschlag erheben. Das führe aber dazu, daß die Ortsgruppen mit Anforderungen um Beihilfen an den Hauptverein herantreten würden. Die Verhandlungen seien wieder auf einem toten Punkt angekommen.

D3. Mannheim, 13. Jan. Auf der Seidenheimer Straße kurz vor der Kreuzung der Kleinfeldstraße, hat sich gestern abend 8 Uhr ein schweres Unglück zugefallen. Ein Motorwagen der Linie 25, der nach Neuhofheim fuhr, und ein Lieferwagen der Pferdebeschlägerei Stephan, stießen zusammen. Das Lieferauto ging vollständig in Trümmer. Der Autofahrer Friedrich Jacobi und der Beifahrer Hermann Hartmann am Platze wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen vom Platze getragen. Der Schaffner, der auf der hinteren Plattform des Motorwagens stand, hat Schnittwunden und Prellungen davongetragen.

D3. Bisenbach (Amt Ettlingen), 13. Jan. Vier hiesige ledige Durchgehler getrieben gestern auf der Landstraße in einen Wortwechsel, der ein blutiges Ende nahm. Einer der Beteiligten namens Konrad Schrotz erhielt einen Dolchstoß in die rechte Brustseite, so daß er schwer verletzt ins karlsruher Krankenhaus gebracht werden mußte.

D3. Freiburg i. Br., 12. Jan. In der Nacht zum 8. Januar wurde in der Umgebung des Hauptbahnhofes ein älterer Schriftsetzer von vier zunächst unbekanntem Novozs überfallen, mit Stockschlägen und Fußtritten übel zugerichtet. Die vier Täter wurden als Angehörige der Freiburger Schuwannschaft festgestellt, die dienstfrei in Zivil eine Bierreise unternommen hatten. Einer ist sogar Oberwachmeister. Der Bericht über den Vorgang wurde der Staatsanwaltschaft übergeben und beim Ministerium des Innern Dienstentlassung beantragt.

D3. Bilingen, 10. Jan. Von der Gendarmerie verhaftet wurde der hier wohnhafte Naturheilkundige Hermann Meyer, der angeblich von vier Schiffern in Soest in Weiskalen Medikamenten vertrieben. Meyer hatte einer Bauersfrau in Sinterwillingen Jodtabletten gegen Krampf bezordnet und als Folge stellte sich eine schwere Jodvergiftung mit teilweiser Lähmung ein, so daß die Frau gefährlich erkrankt darniederlag. Meyer soll sich seine Behandlung gut bezahlen lassen haben.

D3. Bilingen, 12. Jan. Die maßgebenden hiesigen **Fachvereinigungen**, die Narzozunft und der Kassenmusikverein, haben beschlossen, die diesjährige Fastnacht angeht der Not der Zeit im beschriebenen Rahmen durchzuführen. Maskenbälle fallen aus. Die Narzozunft wird ihre Linzüge auf das Historische beschränken, die Kassenmusik wird einen kleinen Trauerumzug veranstalten. Der Kinderumzug wird mit einfachen Mitteln wie alljährlich abgehalten.

Hb. Blumenfeld bei Engen, 12. Jan. Ein in dem Ökonomiegebäude des Landwirtschafts-Kadettens ausgedehnter Brand dehnte sich auch auf das Wohnhaus aus. Das etwa 250 Jahre alte Haus bot mit den reichlichen Ernte- und Futtervorräten dem Feuer reiche Nahrung. Das von zwei Familien bewohnte Nachbarnhaus wurde durch Wasser so beschädigt, daß es abgebrochen werden muß. Insgesamt sind drei Familien obdachlos. Das alte Städtchen Blumenfeld erleidet in seinem Charakter einen empfindlichen Verlust durch diesen Brand, der ihm einen malefizischen Winkelt raubt.

Die Stelle des Vorstands des städtischen Fleischbeschauamts

ist neu zu besetzen. Tierärzte, die das staatsärztliche Examen in Baden abgelegt haben, werden bevorzugt. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche wollen innerhalb 10 Tagen an den unterzeichneten eingereicht werden. Die Besetzung der Stelle erfolgt mit Privatvertrag. Die Ausübung tierärztlicher Praxis in den Freizeitstunden wird gestattet.

Konstanz, den 12. Januar 1931. R. 896
Der Oberbürgermeister.



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 14. Jan. 1931

Sondermiets „Zeittheater“
(3. Vorstellung der Abt. I, weiße Karten)

Zum erstenmal:
Der Mann, den sein Gewissen trieb

Schauspiel von Nostrand

Regie: Baumhach

Mitwirkende:
Vertam, Frauenborfer, Genter, Dahlen, O. Kien-scherf, Brüder, Schulze, Kuther

Anfang 20 Ende geg. 22

Do. 15. 1. Die Bohème. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Das Konto X. Nr. 16. 1. Sondermiets „Zeittheater“ (3. Vorstellung der Abt. I, rote Karten): Der Mann,

den sein Gewissen trieb. Im Rhyth.: Das Konto X. Nr. 17. 1. Das Lamm des Armen. So. 18. 1. Rachm.: Die Sache, die sich Liebe nennt. Abends: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. Nr. 19. 1. Elisabeth von England.

Die Gemeinde **Ganshurst** verleiht am **Mittwoch, den 21. d. M.** nachmittags 1 Uhr im Gasthaus zum **Adler** dahier aus ihrem **Gemeindefonds** ein **Stipendium** nachverzeichnete Höher: R. 894 16 Gulden b. 3,35 M abwärts 51 Gulden „0,75 „ 8 Gulden „0,56 „ 5 Gulden „0,42 „ 3 Pappeln, 0,88 „

Ganshurst, 12. Jan. 1931.
Der Gemeinderat.

Oberkirch, R. 893
Handelsregistereintrag
Firma **Gesünder Kind** in Oberkirch: Die Prokura des Titus Maier ist erloschen.

Oberkirch, 2. Jan. 1931.
Amtsgericht.